

Ressort: Technik

Netzpolitik: Internetwirtschaft fordert Ende nationaler Alleingänge

Berlin, 22.05.2014, 14:31 Uhr

GDN - Der Verband der deutschen Internetwirtschaft (ECO) hat die Bundesregierung aufgefordert, auf Alleingänge in der Internet- und Netzpolitik zu verzichten und sich für europäische Lösungen starkzumachen. Die jüngsten Urteile des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zur Vorratsdatenspeicherung und zu Google-Sucheinträgen, Stichwort: "digitales Vergessen", sowie die Debatte rund um einen europäischen Datenschutz zeigten, "dass die zentralen netzpolitischen Weichenstellungen nicht mehr in den nationalen Parlamenten, sondern auf europäischem Parkett vorangetrieben werden", sagte ECO-Vizechef Oliver Sümme "Handelsblatt-Online".

"Wir appellieren daher an deutsche EU-Abgeordnete und die Bundesregierung, sich für eine zukunftsweisende europäische Internet- und Netzpolitik einzusetzen, die eine Harmonisierung mit Augenmaß betreibt." Im Fokus einer solchen Politik müsse ein "sachgerechter Ausgleich" zwischen Bürgerrechten und Unternehmensinteressen sowie ein fairer Wettbewerb und Chancengleichheit stehen, sagte Sümme weiter. "Deutschland kann hier eine Führungsrolle in Europa übernehmen, Impulse setzen und Standards etablieren. Diese Chance sollten wir nicht verpassen." Mit Blick auf die Europawahlen am kommenden Sonntag hat der ECO-Verband seine wichtigsten Positionen in einem 10-Punkte-Programm zusammengefasst. In dem "Handelsblatt-Online" vorliegenden Papier werden einige zentrale Handlungsfelder für eine europäische Internet- und Netzpolitik skizziert. Ganz oben auf der Agenda steht etwa die Verwirklichung eines gemeinsamen Binnenmarkts für elektronische Kommunikation, der aus Sicht des Verbands nicht auf Kosten des fairen Wettbewerbs gehen dürfe und auf "Marktvelfalt statt auf Marktkonsolidierung" ausgerichtet sein sollte. Als ein weiteres Topthema wird in dem Papier die "rasche" Verabschiedung eines einheitlichen, harmonisierten europäischen Datenschutzniveaus in Form der europäischen Datenschutzgrundverordnung genannt. Der Verband fordert zudem eine "ausgeglichene und tragfähige Definition" der Netzneutralität sowie die "endgültige Abkehr" von der anlass- und verdachtsunabhängigen Vorratsdatenspeicherung.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-34991/netzpolitik-internetwirtschaft-fordert-ende-nationaler-alleingange.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619